

Johannes Hoffmann

Das Mammondilemma des Sozialstaates und die Involviertheit der Kirche*

1. Die weltweite Umwertung aller Werte mittels der Weltformel Geld

Wie in früheren Gesellschaften die Gottheit, so ist in der heutigen Welt förmlich das Geld zum Symbol und zur treibenden Kraft geworden. Diese Zusammenhänge und ihre Folgen für Theologie, soziale Entwicklung u. ä. werden im folgenden dargestellt, und es wird gezeigt, daß es auch der sozialen Marktwirtschaft bisher nicht gelungen ist, die damit verbundenen Probleme zu lösen. Deshalb muß eine umfassende Erneuerung forciert werden. red

Aristoteles unterschied zwischen Geld als Tauschmittel und Geld als Geldkapital und wies darauf hin, „daß sich aus der Realisierung dieser Rolle des Geldes als Kapital eine ganz andere Wirtschaftsweise ergibt als aus der Verwendung des Geldes als reinem Tauschmittel . . . Diese auf dem Prinzip des Geldkapitals beruhende Wirtschaftsweise wird von Aristoteles scharf verurteilt“.¹ Heute ist es, ausgehend von den modernen Industrienationen, ein Kennzeichen unserer ökonomischen und kulturellen Realität, daß Geld nicht nur „Relation ist“, sondern „Relation hat“, wie Georg Simmel dies in seiner Philosophie des Geldes herausstellt.² Geld ist geradezu zu einer „Weltformel“³ avanciert und ist in die „geistige Welt“ dermaßen verwoben, daß es zum Symbol für die Moderne geworden ist.⁴ Ja, Geld als letzter Bezugspunkt führt zur Umwertung aller Werte, so daß es nach Simmel „nicht Werte gibt, die wir als solche wollen, sondern daß wir umgekehrt einen Wert nennen, was wir wollen“⁵. Das Verhältnis zwischen Personen und Sachen wird zu einem vermittelten, weil sich zwischen Personen und zwischen Personen und Sachen das Geld schiebt und den kulturell gewachsenen Werthierarchien einen neuen Bezugspunkt gibt, nämlich das Geld. Die Entwicklung zu einer Geldgesellschaft und zu einer Geldkultur ist die Folge. Der Mammon wird damit zum neuen Herrn, dem jeder/jede dienen soll, auf den, wie der hebräische Wortstamm sagt, man/frau vertrauen, auf den sie setzen. Es gilt Abschied zu nehmen vom subjektiven Wollen der Menschen zugunsten des objektiven

* Franz-Josef Stendebach OMI zum 60. Geburtstag gewidmet.

¹ *Paschen von Flotow*, Geld und Wachstum in der „Philosophie des Geldes“ – die Doppelrolle des Geldes, in: *H. C. Binswanger – P. von Flotow* (Hg.), Geld und Wachstum. Zur Philosophie und Praxis des Geldes, Wien 1994, 32–60, hier: 37.

² *Georg Simmel*, Philosophie des Geldes, in: *David P. Frisby – Klaus Christian Köhnke* (Hg.), Georg Simmel, Gesamtausgabe Bd. 6, Frankfurt 1989, 131.

³ Ebd. 93.

⁴ Vgl. *Ottheim Rammstedt*, Geld und Gesellschaft in der „Philosophie des Geldes“, in: *Binswanger – Flotow*, a. a. O., 15–31, hier: 22.

⁵ *Georg Simmel*, Gesamtausgabe Bd. 4, 70 ff.

Wertes des Geldes. Das Geld hat es fertiggebracht, zum letzten Ziel, vom reinen Mittel zum letzten Zweck zu werden. Simmel argumentiert: „Die Bedeutung des Geldes – das größte und vollendetste Beispiel für die psychologische Steigerung der Mittel zu Zwecken zu sein – tritt erst in ihr volles Licht, wenn das Verhältnis zwischen Mittel und Endzwecken noch näher beleuchtet wird.“⁶ Auf diese Weise ist es sogar möglich, daß sich das Geld als letzter Wert an die Stelle des letzten Zieles, nämlich Gott zu setzen vermag. Simmel führt dazu aus: „Allein in Wirklichkeit hat das Geld als das absolute Mittel und dadurch als der Einheitspunkt unzähliger Zweckreihen in seiner psychologischen Form bedeutsame Beziehungen gerade zu der Gottesvorstellung . . . Der Gottesgedanke hat sein tieferes Wesen darin, daß alle Mannigfaltigkeiten und Gegensätze der Welt in ihm zur Einheit gelangen, daß er nach dem schönen Worte des Nikolaus von Kusa die *Coincidentia oppositorum* ist . . . Unzweifelhaft haben die Empfindungen, die das Geld erregt, auf ihrem Gebiete eine psychologische Ähnlichkeit mit diesen.“⁷ Da Geld als Wert für viele Menschen „die teleologischen Reihen“ und Werthierarchien abschließt, schaukelt es sich zum Endzweck auf, gewinnt die Bedeutung eines „absoluten Zweckes“, nimmt quasi religiöse Züge an.⁸

1.1 In ökologischer Hinsicht

Der Geldwert schiebt sich zwischen Mensch und Natur. So induziert das Geld der Wirtschaft ein progressives Wachstum und zwingt dazu, Natur unter dem Gesichtspunkt der Rechenhaftigkeit zu gebrauchen und im Interesse der Zweckerationalität des Geldes Stück für Stück zu zerstören. Vorrangige Orientierung am Geld, an Zins und Zinseszins bedeutet exponentielles Wachstum. Diese Induktion exponentiellen Wachstums führt ökologisch ins Desaster. „Denn“ – wie H. Creutz richtig herausstellt – „in einem begrenzten Raum kann es kein grenzenloses Wachstum geben. Für jedes gesunde und natürliche Wachstum gibt es eine optimale Obergrenze. Alle Teile eines Organismus müssen sich in ihrer Entfaltung am Ganzen orientieren. Alle Entwicklungen, die die naturgegebenen Gesetzmäßigkeiten mißachten, sind zum Zusammenbruch verurteilt.“⁹

1.2 In gesellschaftlicher und sozialer Hinsicht

Immer mehr Menschen wird dieser Sachverhalt bewußt, und immer mehr fragen, wie denn die Entwicklung noch

⁶ *Ders.*, Gesamtausgabe Bd. 6, 302.

⁷ Ebd. 305.

⁸ Ebd. 307.

⁹ *Helmut Creutz*, *Das Geldsyndrom. Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft*, München 1993, 300.

zum Guten gewendet werden könnte. Um hierzu in anderen Bahnen als bisher denken und handeln zu lernen, ist es nützlich, das Wachstum der Wirtschaft in Relation zum Wachstum des Geldvermögens zu betrachten und die Schritte zu reflektieren, die die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1990 unternommen hat, um sich diesem Wachstum des Geldvermögens anzupassen. Eine Abbildung macht die Vorgänge transparent.

Wachstum und Geldvermögen

(Kurven in realen Größen)

Der überproportionale Anstieg der Geldvermögen erzwingt eine immer höhere Verschuldung und immer neue Wachstumsschübe

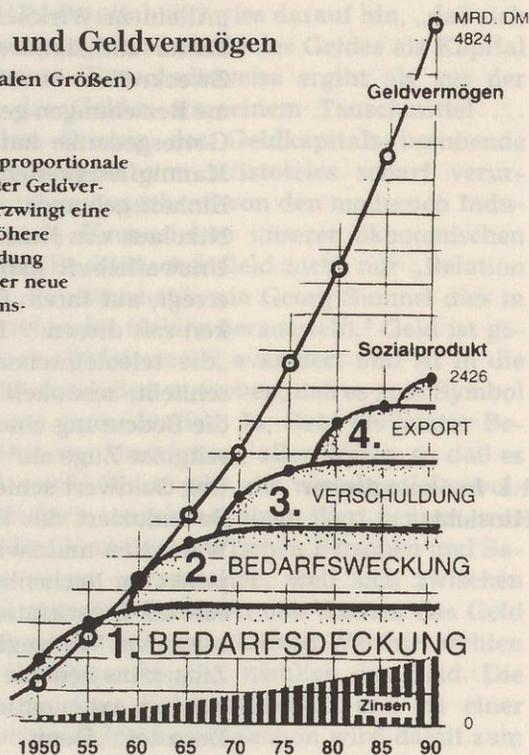


Abb. 1: Aus H. Creutz, Das Geldsyndrom, München 1993, 312.

Einerseits werden die Wachstumsschübe erkennbar. Nachdem in der ersten Phase der Nachkriegsentwicklung der unmittelbare Bedarf gedeckt war und seinen Sättigungsgrad erreichte, mußte der Bedarf neu geweckt, mußten Bedürfnisse auf einer anderen Ebene produziert werden, damit der Nachfrage der Geldvermögen nach Zins entsprochen werden konnte. Als dies nicht mehr hinreichte, kam 1967 das „Gesetz zur Förderung des Wachstums und der Stabilität der Wirtschaft“. Zweck dieses Gesetzes war, durch Verschuldung der privaten Haushalte eine weitere Konsumsteigerung zu

erreichen, die das Wirtschaftswachstum erneut beflügeln und dem Geldvermögen weitere Renditen ermöglichen sollte. Heute stehen viele Familien und Einzelpersonen vor dem Scherbenhaufen dieser Entwicklung. Viele haben sich bis an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten verschuldet in der Hoffnung, daß sich für sie selbst die ökonomischen Verhältnisse nicht zum Schlechten verändern. Darin wurden sie aber getäuscht: Unvorhergesehene Ereignisse, wie Krankheit, Kurzarbeit oder gar vorübergehender Verlust des Arbeitsplatzes stürzte sie in die Überschuldung, Verarmung und Obdachlosigkeit.

Es gibt 7,25 Millionen Arme in Deutschland. Große Familien, Alleinerziehende, Kranke, Behinderte und Ausländer sind besonders unter den Betroffenen.

Inzwischen ist bei neun Zehntel aller privaten Haushalte der Zinssaldo negativ. Dazu kommt die Belastung, die sich aus der wachsenden Staatsverschuldung ergibt. Immerhin belief sich die Nettoneuverschuldung des Bundes in den letzten Jahren auf jeweils rund 66 Milliarden. Das bedeutet, daß inzwischen jede dritte Mark jedes Bürgers und jeder Bürgerin eine Zinsmark ist, also auch beim Brot, das z. B. der Sozialhilfeempfänger kauft.

Als Kehrseite gibt es auch andere Fakten. Es gibt Spitzenverdiener, die verdienen je Arbeitstag 1.500 DM. Es gibt mehrere Tausend 50fache Millionäre, die verdienen je Arbeitstag 15.000 DM an Zinsen. Und es gibt nach dem Wirtschaftsmagazin „forbes“ 400 Millionäre in der BRD, die jeweils 500 Millionen DM besitzen und damit jeweils je Arbeitstag 150.000 DM verdienen. Das hat bewirkt, daß durch Zinstransfers im Jahr 1990 acht Zehntel der ärmeren Haushalte um 116 Milliarden ärmer wurden und im wesentlichen ein Zehntel reicher Haushalte noch reicher machten, was den Trend verstärkt, daß die Reichen nicht nur weniger, sondern auch älter werden, und die Armen nehmen an Zahl zu, und es sind immer jüngere Leute.

Die Zinslasten für die großen Geldvermögen wirken nicht zuletzt auf den Arbeitsmarkt zurück. Vergleicht man die Entwicklung des Kapitalmarktzinses mit der Zahl der Arbeitslosen, dann zeigt sich, daß bei steigendem Zins die Arbeitslosigkeit zunimmt. Dabei ist darauf aufmerksam zu machen, daß sich nach einer Zinssenkung die vorangegangene Beschäftigungslage nie wieder herstellte, sondern auf einem höheren Niveau einpendelte, weil der Zinsschub einen Rationalisierungsschub im Gefolge hatte, durch den auch Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden.

Beziehung zwischen Zinslast und Arbeitslosigkeit

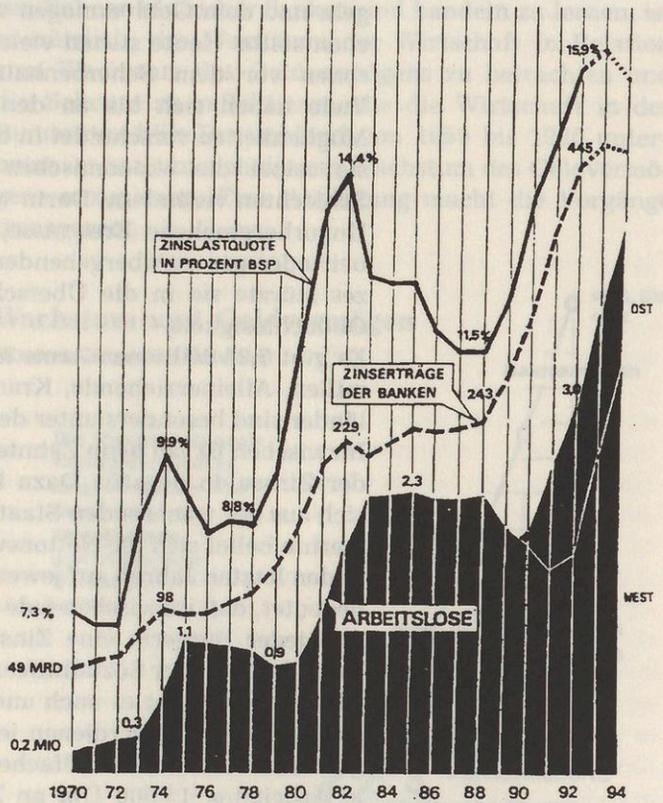


Abb. 2: Aus H. Creutz, Das Geldsyndrom, München 1993, 364.

Ergebnisse sind u. a.: Ungerechte Einkommensverteilung aus Vermögen, Ungerechtigkeit durch Umverteilung der Einkommen aus Zinsen. Mit anderen Worten: Die Anzahl der Verliererhaushalte steigt ständig.

Geld ist ein vom Staat garantiertes Gut. Niemand könnte einen Nutzen davon ziehen, wenn dieses Gut in seinem Wert und als Tauschmittel nicht durch wirtschaftliche Leistung der vielen einerseits und den Staat andererseits garantiert würde. Also ist es auch recht und billig, daß, gemessen am Modell sozialer Marktwirtschaft, alle einen für eine menschenwürdige Existenz ausreichenden Anteil erhalten. Es ist nicht einzusehen, warum einige wenige Menschen, die über ein hohes Geldvermögen verfügen, die bevorzugten Nutznießer des sozialen Mediums Geld sind. Tatsächlich kommt aber zur Zeit der Nutzen des Geldes aufgrund der durch wirtschaftlichen Wandel bedingten Unangepaßtheit unserer Geldordnung den Besitzern von disponiblen Geldvermögen fast allein zugute.

Weder durch eine entsprechende Besteuerung noch durch eine Anpassung der Rahmenbedingungen wird für einen gerechten Ausgleich Sorge getragen. Die im Grundgesetz geforderte Sozialpflichtigkeit des Eigentums wird nicht eingefordert, obwohl der Staat die Geldordnung garantiert und damit die Basis für die Möglichkeit von Gewinnen aus Geldvermögen setzt.

Ich denke, diese Zusammenhänge vermögen zu zeigen, wo und welche Anpassungsleistungen im System der sozialen Marktwirtschaft zu erbringen sind. Daher meine These: Die Sicherheit, die wir allen in unserem Staat geben, werden wir auch alle bekommen. Wenn wir es recht betrachten, dann befinden wir uns in unserer Gesellschaft zwischen Reichen und Armen in einer Situation, wie sie im Gefangenendilemma beschrieben wird. Wenn wir aus dem Dilemma herauskommen wollen, müssen beide Gruppen, die Armen und die Reichen, zusammenarbeiten. Das bedeutet, daß keiner nur seinen Vorteil allein im Auge haben kann. Jeder muß die Interessen des anderen angemessen berücksichtigen. Wenn das jede der beiden Gruppen macht, dann kommt für beide unterm Strich das Beste heraus, was sie erreichen können: Die einen geben den anderen von ihrem Reichtum ab, verzichten z. B. nur auf Zinsen. Dafür können sie in Frieden und Sicherheit leben und wahren ihren Besitz. Für die anderen können Arbeitsplätze erhalten oder neu geschaffen werden, sie können dadurch für ihre eigene Existenz und ein menschenwürdiges Auskommen sorgen, sind zufrieden und garantieren dadurch für alle Sicherheit. Ein solches Verhalten entspricht nicht einmal dem christlichen Liebesgebot, sondern funktioniert über die Regel: „Do ut des“/„Ich gebe, daß du gibst.“ Aber über diese Regel läßt sich ein hohes Maß an Gerechtigkeit und innerer Sicherheit erreichen. Dieser Vorschlag ist nicht Utopie, sondern ist den realen Gegebenheiten angemessen. Vielleicht bewirkt ja die Krise, in der wir stehen, und der soziale Druck, der dabei erzeugt wird, daß die Perspektive der Opfer, der Arbeitslosen und der Armen für die Problemdefinition durch Politik und Wirtschaft fokussiert wird.

2. Die Marktwirtschaft und das Mammondilemma

Aufgrund der Ausrichtung aller Werte am Geld folgert Polanyi, „daß die Ursprünge der Katastrophe in dem utopischen Bemühen des Wirtschaftsliberalismus zur Errichtung eines selbstregulierenden Marktes lagen“¹⁰. Und er führt dazu weiter aus: „Der Mechanismus, der

¹⁰ Vgl. *Karl Polanyi, The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Deutsche Ausgabe, Wien 1977, 49.

durch das Gewinnstreben in Gang gesetzt wurde, war in seiner Wirksamkeit nur mit wildesten Ausbrüchen religiösen Eifers in der Geschichte zu vergleichen. Innerhalb einer Generation wurde die ganze menschliche Welt seinem kompakten Einfluß unterworfen. Wie allgemein bekannt, gelangte das Gewinnstreben im Gefolge der industriellen Revolution in England in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zur Hochblüte. Etwa fünfzig Jahre später erreichte es den europäischen Kontinent und Amerika. Schließlich kam es in England, auf dem europäischen Kontinent und sogar in Amerika dazu, daß ähnliche Gegebenheiten die Tagesfragen in eine Richtung zwangen, deren Hauptmerkmale in allen Ländern des Westens gleich waren. Und so müssen wir die Ursprünge der Katastrophe im Aufstieg und Fall der Marktwirtschaft suchen.¹¹ Die ungeheuren sozialen und ökologischen Wunden, die die Umwertung der Werte und ihre Ausrichtung an Geld und Gewinn im Zuge der industriellen Revolution nach sich zogen, sind bis heute nicht geheilt. Aber sie werden uns mehr und mehr bewußt. Geld und das an der Vermehrung des Geldes orientierte Gewinnstreben machten sich alles untertan: Mensch und Natur. Natur wird so ebenso zum Subsystem Wirtschaft, wird zum bloßen Produktionsmittel wie auch der Mensch, der nur noch als Arbeitskraft interessant ist. Wird er als Arbeitskraft nicht mehr gebraucht, wird er in der Marktwirtschaft überflüssig. So können ganze Kontinente, wenn sie für das Gewinnstreben bzw. die Geldvermehrung nicht mehr benötigt werden oder nicht mehr nützlich erscheinen, für überflüssig erklärt werden, wie etwa Afrika. Wir sprechen zwar immer noch von Überbevölkerung, aber aus der Perspektive der Gewinnmaximierung der Marktwirtschaft handelt es sich um überflüssige Bevölkerung. Diese Umwertung der Werte verlangte auch „eine Veränderung der Motivation der Mitglieder der Gesellschaft. Das Motiv des Lebensunterhalts mußte durch das Motiv des Gewinns ersetzt werden. Alle Transaktionen werden in Geldtransaktionen verwandelt . . . Die von solchen Einrichtungen verursachten Verschiebungen müssen zwangsläufig die zwischenmenschlichen Beziehungen zerreißen und den natürlichen Lebensraum des Menschen mit Vernichtung bedrohen.“¹² Wer sich vergewärtigt, daß zwischen dem wirtschaftlichen Handeln der Menschen und ihren Sozialbeziehungen ein differen-

¹¹ Ebd. 50.

¹² Ebd. 63 f.

ziertes und enges Geflecht von Ritualen existiert, wird dies nachempfinden können. Dazu gehört auch die Regelung von Tauschbeziehungen und Märkten, die es zur Regelung von Arbeitsteilung in allen Gesellschaften gab.¹³ In Gesellschaften vor Einführung der Marktwirtschaft wurde aus dem Sozialgefüge der Gesellschaft und den sozialen Beziehungen heraus der Lebensunterhalt aller über die Pflicht zur Wechselseitigkeit, zu Reziprozität und durch „eine Haltung des Gebens und Nehmens“ gewährleistet. „Das Prinzip der Reziprozität dient(e) somit im weiteren Sinne der Sicherung sowohl der Produktion als auch der Familienerhaltung.“¹⁴ Die Verteilung der Produktion wurde auch über weite Räume und Zeiten mit Hilfe des Prinzips des Sammelns und der Wiederverteilung, der Redistribution geregelt. Entscheidend bei dieser Wirtschaftspraxis ist, daß die sozialen Beziehungen und das soziale Verhalten Reziprozität und Redistribution gewährleisten. Die in den sozialen Beziehungen begründete Reziprozität bewirkte eine Solidarität, die für eine gerechte Verteilung der Güter und für eine angemessene Partizipation sowohl intra- wie auch intergesellschaftlich sorgte. Daraus wird deutlich, daß die Sozialbeziehungen die Grundlage des ökonomischen Systems bildeten. Die Produktion war daher auf den Verbrauch und die Wiederverteilung entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen gerichtet. Im Gegensatz dazu ist die Produktion in einer Marktwirtschaft am Gewinn orientiert. Gesellschaft, soziale Beziehungen und die natürliche Umwelt werden zum „Anhängsel“ des Marktes, wie Polanyi es analysiert: „Die Wirtschaft ist nicht mehr in die sozialen Beziehungen eingebettet, sondern die sozialen Beziehungen sind in das Wirtschaftssystem eingebettet.“¹⁵ Daraus erhellt, daß die anfangs angeführte Umwertung aller Werte, die sich im Zuge der Absolutsetzung von Geld und Gewinn in der Marktwirtschaft ergeben hat, erneut transformiert werden muß. „Ökonomische Rationalität muß wieder systematisch an praktische Kriterien des guten Lebens und des fairen Zusammenlebens der

¹³ Polanyi weist darauf hin, daß es zu allen Zeiten in Gesellschaften zwar immer irgendwelche Formen von Volkswirtschaft und Märkten gegeben hat, aber es habe vor unserer Zeit noch niemals eine Wirtschaftsform gegeben, „die, und sei es auch nur im Prinzip, vom Markt gelenkt worden wäre. Trotz der im 19. Jahrhundert hartnäckig verbreiteten akademischen Beschwörungsformeln haben Gewinn und Profit beim Güteraus-tausch in der menschlichen Wirtschaftstätigkeit vorher nie eine wichtige Rolle gespielt. Obwohl die Einrichtung des Marktes seit der späten Steinzeit ziemlich verbreitet war, so spielte er im wirtschaftlichen Geschehen bloß eine Nebenrolle“, in: *Karl Polanyi*, a. a. O., 65 f.

¹⁴ Ebd. 71.

¹⁵ Ebd. 81.

Menschen¹⁶ rückgebunden werden, wie das Peter Ulrich postuliert. Es ist also gerade das Gegenteil von ökonomischer Globalisierung notwendig, wie das John Maynard Keynes empfohlen hat: „Ich sympathisiere darum mit denen, die die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den Nationen nicht maximieren, sondern möglichst gering halten wollen. Ideen, Wissen, Kunst, Gastfreundschaft, Reisen – solche Dinge sind ihrem Wesen nach international. Doch Waren sollten, wann immer es vernünftig und praktisch ist, hausgemacht sein; und vor allem sollten die Finanzen überwiegend national bleiben.“¹⁷

Offensichtlich haben wir es auch im Konzept einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft nicht geschafft, zwischen Wettbewerb und Solidarität, zwischen Marktwirtschaft und Sozial- und Ökosystem zu vermitteln. Wir müssen verstehen lernen, daß das Wettbewerbsprinzip nach dem Schöpfer des Konzeptes der sozialen Marktwirtschaft überhaupt nur akzeptabel sein kann bei ausreichender sozialer Sicherung aller durch den Staat als Verkörperung der Solidargemeinschaft, ferner „eine sozialverträgliche Gestaltung internationaler politischer Rahmenbedingungen“¹⁸, die Gestaltung der Wirtschaft als Subsystem der Natur, was ihr ein maximales Maß für ihren Durchsatz an Materie und Energie und das Erreichen eines stationären Zustands abverlangt.¹⁹ Den Weg in diese Richtung gilt es zu beschleunigen.

3. Ethisch motivierter Umgang mit Geld – Kapital auf neuen Wegen

Kultureller Druck kann die erforderlichen Anpassungsleistungen erzwingen, ein Druck, der von der Basis ausgeht, von den Benachteiligten. Sie bilden sozusagen die innovative und kreative Kraft, die die Veränderung erzwingt. Diese Kreativität muß im Interesse des Erhaltes des Gesamtsystems von den herrschenden Klassen in der Gesellschaft aufgegriffen und umgesetzt werden. Geschieht das nicht, dann ist das Ende des Systems programmiert.

Wir müssen fragen: Wie sind die monetären Strukturen als Sollbruchstelle wandelbar? Prinzipiell sehe ich zwei Wege: Ich möchte den einen den *radikalen Weg* nennen. Er impliziert eine grundlegende Änderung der Rahmenbedingungen der Geldordnung, also eine Änderung des

¹⁶ Peter Ulrich, Transformation der ökonomischen Vernunft. Fortschrittsperspektiven der modernen Industriegesellschaft, Bern – Wien – Stuttgart 1993, 5.

¹⁷ Zitiert nach: Hermann E. Daly, Die Gefahren des freien Handels, in: Spektrum der Wissenschaft, Jan. 1994, 40–46; hier: 40.

¹⁸ Lothar Czayka, Mehr Wettbewerb ist kein Allheilmittel. Und ausreichende soziale Sicherung ist keine Wohltätigkeitsveranstaltung, in: Frankfurter Rundschau, 20. 9. 94, Nr. 219, S. 16.

¹⁹ Vgl. Hermann E. Daly, a. a. O. 44 f.

Zinssystem. Mit anderen Worten: „Die Bildung von (spekulativen) Liquiditätsreserven muß erschwert werden durch ihre Belastung mit Unkosten . . . , die jeden mit z. B. 4% seiner durchschnittlichen Kassenhaltung trifft, soweit er die eingenommenen Geldbeträge nicht umgehend für Konsum, Investition oder Einzahlung aufs Sparkonto wieder aus der Hand gibt. Diese Umlaufsicherung, also Verhinderung von Stockungen im Wirtschaftskreislauf hat als Antriebsmotor nicht mehr die unzulässige Zinsbelohnung, . . . , sondern die stets wirksame Bestrafung des Rückzuges liquider Geldmittel aus dem Wirtschaftskreislauf . . .“²⁰

Dies scheint zur Zeit noch nicht durchsetzbar. Das dafür erforderliche Bewußtsein fehlt. Aber es könnte sich bei zunehmendem sozialem, ökologischem und kulturellem Druck schnell bilden. Außerdem meinen viele, die weltweite Verflochtenheit unseres Systems sei ein Hindernis, was einen Alleingang der Bundesrepublik zum Scheitern verurteilt, obwohl es durchaus gelungene lokal begrenzte Versuche gibt.

Den zweiten Weg nenne ich den *sanften Weg*. Er rechnet mit der ethischen Motivierbarkeit der Beteiligten und setzt auf diese. Allerdings verlangt dies eine Bewußtseinsveränderung und Mobilisierbarkeit der Konsumenten ebenso wie der Unternehmer und auch der Anleger, der Besitzer von Geldvermögen und der Banken. Sie alle dürfen es nicht mehr zulassen, daß der Gott, um den sich in unserer Gesellschaft alles dreht, das Geld ist. Wir dürfen uns vom Gott „Mammon“ nicht diktieren lassen, welches die Probleme sind, die wir zu lösen haben. Wir müssen dem Gott „Mammon“ die Problemdefinition streitig machen.

Wir brauchen daher eine neue Sichtweise, um zu begreifen, was denn unsere Wirklichkeit ist, wo Prioritäten gesetzt werden müssen. Die vorrangige Frage ist gerade nicht: „Was ist fürs große Geld gut?“, sondern „Was ist für die Menschen und für die ganze Schöpfung gut?“

Die erste Voraussetzung ist ein breit gestreutes Interesse der Menschen am Erhalt der sozialen Marktwirtschaft. Ich denke, dies ist vorhanden. Dies impliziert die Forderung nach Veränderung der Rahmenbedingungen, d. h., wenn die monetären Strukturen allein auf der Basis ökonomischer Bewertungskriterien nicht mehr hinreichend gesteuert werden, dann müssen diese durch eine ethische Gewichtung so ergänzt werden, daß die Geldflüsse in ethisch, ökologisch und sozial wichtige Bereiche gelenkt

²⁰ Ernst Winkler, Vor einer Mutation unseres Wirtschaftssystems, in: Sozialökonomische Arbeitstexte 3, Lütjenburg ²1994, 16.

Wie aber kann das funktionieren?

werden können. Geldflüsse müssen so gesteuert werden, daß sie der neuen Problemdefinition dienen.²¹

Es gibt Besitzer von großem Geldvermögen, die begriffen haben, daß die weitere Anhäufung von Geld in eine Sackgasse führt. Daher reduzieren sie ihre Geldberge und führen erhebliche Anteile der Solidargemeinschaft national oder auch international zu durch Stiftungen oder andere Formen der Überlassung.

Wenn nun im Interesse des Erhaltes der sozialen Marktwirtschaft eine ethische, ökologische und soziale Bewertung erforderlich ist, dann müssen Ratingagenturen gegründet und instandgesetzt werden, daß sie für Anleger entsprechende Einstufungen/Bewertungen von Emittenten, also von Unternehmen, Banken, Staaten und internationalen Organisationen zur Verfügung stellen. Diese könnten sich ethisch oder ökologisch motivierte Anleger zu eigen machen und ihr Geld in solche Kanäle fließen lassen. Dabei entspräche es ihrer ethischen Motivation, daß sie die Bewertung nach ethischen, ökologischen und/oder sozialen Kriterien so hoch ansetzen, daß sie bereit sind, diese gegenüber den ökonomischen Bewertungen vorrangig zu behandeln. Dies könnte dazu führen, daß Anleger teilweise oder ganz auf Rendite verzichten, weil es ihnen darum geht, sich verantwortlich und gemäß der Sozialpflichtigkeit des Eigentums im Wirtschaftsprozess einzubringen und entsprechend sozial- und ökologienpolitisch mit ihrem Geld zu wirken.

Gäbe es eine solche ethisch-ökologische unabhängige Bewertungsinstanz, dann wäre das nicht nur für Anleger von großem Geld interessant. Vielmehr könnten auch die kleinen Sparer auf diese Bewertungen zurückgreifen und bei der Anlage eines Sparbuches oder Briefes bei Festgeldanlagen o. ä. darauf dringen, daß die Bank, bei der sie anlegen, diese Gelder nur dorthin geben darf, wo sie vorrangig z. B. ökologisch wichtige und sozial verträgliche Innovationen realisieren helfen.

Damit werden sozusagen durch verantwortliche Einmischung alle Glieder der sozialen Marktwirtschaft befähigt, sich entsprechend ihrer Möglichkeiten als Anleger, Sparer und/oder Konsumenten für den Erhalt der sozialen Marktwirtschaft einsetzen zu können. So würden in der Folge in sanfter Form durch kleinschrittige Veränderung des Normalverhaltens die monetären Rahmenbedingungen mittel- und langfristig umgestaltet, so daß sie dem Erhalt von sozialer und ökologischer Sicherheit für uns hier und für alle Menschen in anderen Län-

²¹ Peter Roche – Johannes Hoffmann – Walter Homolka (Hg.), *Ethische Geldanlagen. Kapital auf neuen Wegen*, Frankfurt 1992.

dern ebenso dienen wie für die Menschen künftiger Generationen.

4. Zur Involviertheit der Kirche in der Bundesrepublik Deutschland

Theologisch gesehen ist die Kirche wie jede/jeder Glaubende herausgefordert, auch als Institution den alle Menschen und die ganze Schöpfung liebenden, heilenden und rettenden Gott zu behaupten. Dies ist natürlich auch das grundlegende Kriterium, über das sich die Glaubenden mit den kirchlichen Behörden und der Hierarchie im Umgang mit Kirchenfinanzen auseinandersetzen müssen. Es ergeben sich daraus sozial-ethische Pflichten der Glaubenden gegenüber der Kirche und institutionenethische Mindestbedingungen für die kirchliche Finanzverwaltung. Mit Wolfgang Lienemann muß man daher darauf hinweisen: „Die Finanzordnung hat Anteil am Verkündigungsauftrag der Kirche.“²² Insofern gilt für die Kirche als Institution, sie muß sich in ihrem Finanzgebaren gegenüber den Gebern und deren Verantwortung für die Bezeugung des Evangeliums Christi durch ihr gespendetes Geld rechtfertigen und – etwa wie Paulus – rückmelden, daß die Spenden bei den Empfängern als Zeugnis für den gütigen und alle Menschen liebenden Gott angekommen sind und darüber Dank und Lobpreis Gott gegenüber hervorgerufen haben. Meines Erachtens heißt dies: Öffentlichkeit, Transparenz und Partizipation sind für alle kirchlichen Institutionen geboten, die Steuergelder oder Spenden anvertraut erhalten. Dies läßt sich aus dem Verkündigungsauftrag herleiten. Denn institutionenethisch gesehen, bringt sich die Kirche in der Gesellschaft nicht nur argumentativ, nicht nur durch das Wort ein, sie ist nicht nur pragmatisch in ihrem Sprachhandeln in die gesellschaftliche Kommunikationsgemeinschaft involviert, sondern Kirche ist als Arbeitgeber, Geldanleger, Aktionär etc. zugleich wirtschaftlicher Akteur dieser gesellschaftlichen Kommunikationsgemeinschaft. Beides gehört zusammen. Kirche hat als wirtschaftlicher Akteur und Verwalter von Geldern, die zur Bezeugung der Frohen Botschaft Christi gegeben wurden, institutionell ein Verhalten auszuprägen, das ihr als Argumentationsgemeinschaft und der Verkündigung ihrer Hirten und Gläubigen nicht widerspricht. Die gesellschaftliche Akzeptanz der Kirche hängt nicht unerheblich davon ab, ob die Finanzordnung und das Finanzgebaren der Kirche als mit ihrer Verkündigung in Einklang erfahren werden kann. Dafür ist die Kirche als institutionelle Verwalterin von Kirchensteuer- und Spendengeld den Gebern gegenüber beweispflichtig. Kommt

²² Wolfgang Lienemann, Eine Einführung, in: ders. (Hg.), Die Finanzen der Kirche, München 1989, 14–29; hier: 22.

die kirchliche Behörde dieser Pflicht gegenüber den Abgaben oder Spenden zahlenden Glaubenden nicht in angemessener Form nach, dann haben letztere bis dahin das Recht, das im Rahmen ihrer Möglichkeiten für andere für die Bezeugung des Evangeliums Christi zurückgelegte und gesammelte Geld (vgl. 1 Kor 16, 2) zurückzuhalten oder dafür Sorge zu tragen, daß das Geld entsprechenden Zwecken gewidmet wird.

Kirchliche Finanzstrukturen entsprechen in der Regel den jeweiligen politischen, ökonomischen und kulturellen Gegebenheiten. Das hat in der Bundesrepublik Deutschland zu einem staatskirchenrechtlich abgesicherten Steuereinzugsverfahren geführt. Dagegen ist prinzipiell nichts einzuwenden. Gegenüber den Abgaben zahlenden Glaubenden stellt dies dann keine Zumutung dar, sofern für hinreichende Transparenz, Partizipation und Öffentlichkeit bei der Verwendung Sorge getragen wird und wenn dadurch deutlich ist, daß die Art und Weise des Umgangs mit dem Geld durch die kirchliche Behörde – aus der Perspektive der Gläubigen gesehen – der Verkündigung der Botschaft Christi vom gütigen und liebenden Gott als dienlich wahrgenommen wird. Darüber hinaus hat die Kirche als wirtschaftlicher Akteur eine finanz-, wirtschafts- und arbeitspolitische Aufgabe. Die katholische Kirche in der BRD verfügt über ein erhebliches Anlagekapital als Rücklage und als Rentenfonds. Die Diözesen legen diese Gelder in der Regel in festverzinslichen Wertpapieren, in Aktien oder in Beteiligungen an und sind dabei vor allem an Bonität und Rendite interessiert. Dadurch geschieht es nicht selten, daß Diözesen einerseits aufgrund der Anonymität der Geldflüsse, andererseits direkt durch bestimmte Aktien an den Gewinnen beispielsweise aus der Rüstungsindustrie beteiligt sind, und es ist denkbar, daß sie mittelbar auch am Irakkrieg durch Anlagen in der Rüstungsindustrie beteiligt waren. Es ist auch denkbar, daß Diözesen oder Ordensgemeinschaften ihr Geld bei Kreditinstituten anlegen, die aufgrund des Konsumentenkreditwesens in hohem Maße an der Verschuldung und Überschuldung beteiligt und für den Weg vieler in die Armut mitverantwortlich sind.

Pflicht zu ethisch
vertretbarer
Verwendung der
Anlagegelder

Auch dies ist vom Verkündigungsauftrag der Kirche her nicht zu rechtfertigen. Der Kirche als Anleger obliegt die Pflicht, für eine ethisch vertretbare Verwendung ihrer Anlagegelder zu sorgen. Wenn das aufgrund der Komplexität unseres monetären Systems oder der Anonymität der Geldflüsse schwierig erscheint, sollte sich die Kirche durch eine ethische Ratingagentur (= Bewer-

tungsinstitution) eine entsprechende Beratung holen, und wenn es eine solche nicht gibt, sollte sie sich auch im Interesse ökologischen und ethischen Investments durch private Anleger bei der Gründung einer solchen ethischen Ratingagentur beteiligen und diese mitfinanzieren. Selbst wenn die Rendite auch geringer sein sollte, hat die Kirche gerade auf dem Hintergrund des Wechselspiels von religiösen Ideen und materiellen Interessen die sozialetische politische Aufgabe, sich mit ihrem innovativen Potential im Wirtschaftsprozeß so einzubringen, daß einer unsittlichen Verwendung ihrer Gelder gegengesteuert wird und daß innovative Impulse auf eine ökologisch und sozial verträgliche Umweltentwicklung ausgehen. Die Kirche kann sich hier zur Rechtfertigung ihres Handelns auch nicht auf das Prinzip der Doppelwirkung einer Handlung zurückziehen. Darüber hinaus gilt angesichts der Aufforderung des Evangeliums – „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon“ – hier für die Kirche, sich jedes „Sowohl-Als-auch“ zu enthalten. Das durchaus berechnete Interesse, die Einkünfte der Kirche im Interesse der Wahrnehmung ihrer Verkündigungsaufgaben zu mehren, darf nicht zum Alibi für die Inkaufnahme negativer Nebenwirkungen gemacht werden. Würde das geschehen, dann käme das einer Anpassung an die gesellschaftliche Auffassung in der Moderne gleich, daß nämlich im Interesse von Machterwerb und -erhalt und im Interesse der Vermehrung von Geld jedes Mittel gerechtfertigt werden kann. Kirche würde dann der Durchkapitalisierung aus finanziellen Gründen nachgeben, obwohl es ihr von der Botschaft her in besonderer Weise zukäme, hier Widerstand zu leisten. Wenn sich die Kirche als Anleger mit ihrem Geld an der Realisierung unmoralischer Zwecke – wenn auch nur indirekt – beteiligt, dann versündigt sie sich gegenüber dem göttigen und liebenden Gott, ist sie in strukturelle Sünde involviert, weil sie die glaubhafte Verkündigung der Botschaft Christi der Vermehrung ihres Geldes nachordnet. Gewinnmaximierung mit Anlagekapital angesichts hoher Geldberge ist – wie wir gesehen haben – eine Beteiligung an der in der Marktwirtschaft dominanten Mammonorientiertheit. Weil dies aber sowohl ökologisch wie auch sozial ins Desaster führt, darf Kirche sich daran nicht beteiligen, sondern sie muß aktiv gegensteuern. Wie das Beispiel der amerikanischen Kirchen während der Apartheidkonflikte in Südafrika zeigt, kann Kirche mit ihrem Anlagekapital sehr effektiv sein, und zwar in zweifacher Hinsicht. Einerseits bewirkte „der Druck auf die US-amerikanischen Unternehmen, daß zwischen

1984 und 1990 mehr als 200 von ihnen das Engagement in Südafrika ganz oder zum größten Teil einstellten und damit einen effektiven Beitrag zum Niedergang des Apartheidsystems leisteten.“²³

Ende der 80er Jahre gab es an der Börse fast keine Aktien mehr mit Anlageempfehlungen von Unternehmen mit Beziehungen zu Apartheidstaaten. Andererseits verhalf gleichzeitig „der Rückzug vieler öffentlicher Pensionsfonds aus in Südafrika engagierten Unternehmen ethischem Investment zur Verzehnfachung seines Volumens zwischen 1984 und 1987 auf 400 Mrd. US-\$. In den achtziger Jahren kam es zu einer Gründungswelle ethischer Fonds, die zunächst nach Großbritannien und dann auch nach Kontinentaleuropa überschwappte.“²⁴ Es ist also klar, daß die reiche Kirche in der BRD mit einem deutlich erkennbaren und offensiven Anlageverhalten erhebliche Wirkungen in unseren monetären Strukturen hervorrufen könnte. Das würde in der Öffentlichkeit mehr Überzeugungsarbeit auch für die Akzeptanz von Kirche in unserer Gesellschaft bringen als die noch dazu teure Imagepflege durch Werbekampagnen, wie es zur Zeit geschieht. Es wäre für die Glaubwürdigkeit der Kirche sehr wichtig, daß sie die Zusammenhänge genau reflektiert und als wirtschaftlicher Akteur im Rahmen ihrer Möglichkeiten nicht nur rendite- und bonitätorientiert ihr Anlagekapital verwaltet, sondern nur in ethisch vertretbare Fonds, Aktien, Unternehmen etc. fließen läßt. Es gäbe auch die Möglichkeit, daß Kirche im Interesse der Armutsbekämpfung hier und in der dritten Welt Projektsparbriefe auflegt usw.

Wenn die kirchlichen Finanzbehörden hier nicht tätig werden, sollten Kirchensteuerzahler, die z. B. in einer Ratingagentur einen wichtigen Beitrag einer reichen Kirche für die Wahrnehmung ihres Verkündigungsauftrages sehen, mit ihrer Zahlung als Verwendungszweck die Finanzierung einer ethischen Ratingagentur verbinden und zur Auflage machen.

Es gäbe natürlich weitere wichtige konkrete Bereiche, wie z. B. die Zinsfrage, die aus kirchlicher Sicht grundlegend sozialetisch reflektiert werden müßten. Auch und vielleicht gerade in unseren ungerechten Strukturen gilt für die Kirche generell im Umgang mit Geld apodiktisch die klare Unterscheidung, die im Wort Jesu zum Ausdruck kommt: „Ihr könnt nicht Gott dienen und dem Mammon.“

²³ Walter Rieks, *Ethische und ökologische Finanzanlagen*, Diplomarbeit, Frankfurt 1994, 78 f.

²⁴ Ebd. 14 f.